

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Motion von Petra Schmidt, FDP-Fraktion: Überprüfung des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes

Autor/in: [Petra Schmidt](#)

Mitunterzeichnet von: Imber; Hollinger, Mangold, Oestreicher, Rufi, Schenk, Schneeberger und Vogt

Eingereicht am: 24. September 2009

Bemerkungen: **Modifiziert überwiesen** am [11. November 2010 \(Traktandum 12\)](#)
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Das bestehende Gesetz über den Denkmal- und Heimatschutz vom 9. April 1992 liest sich wie ein Blankocheque für die rechtsanwendenden Behörden, deren weitgehendes Ermessen auch die Gerichte anzuwenden haben. Für die betroffenen Privaten und Gewerbetreibenden ist das nicht nur sehr belastend, sondern schafft auch Rechts- und Planungsunsicherheit und schränkt ihr Eigentum unter Umständen erheblich ein. Ausserdem wird der Einsatz moderner energetischer Massnahmen weitgehend verhindert.

Antrag:

Der Regierungsrat wird beauftragt, das bestehende Denkmal- und Heimatschutzgesetz komplett unter dem Aspekt der Rechts- und Planungssicherheit, dem Schutz des Eigentums sowie dem Einsatz moderner energetischer Massnahmen zu überprüfen und insbesondere folgende Bereiche anders zu regeln:

- § 2 Aufgaben in Denkmal und Heimatschutz
Die zeitgemässe Nutzung unter Berücksichtigung der aktuellen technischen und energetischen Anforderungen soll realisierbar sein.
- § 7 Verunstaltungs- und Gefährdungsverbote
Massnahmen, die mit kleinem Aufwand wieder entfernt werden können, sollen erlaubt sein.
- § 8 Inventar der geschützten Kulturdenkmäler
Es soll in Kategorien zwischen einzelnen wenigen herausragenden Objekten wie Schlösser und Kirchen und Objekten wie Häuser in Kernzonen mit reduziertem Schutz unterschieden werden.
- § 9 Einbezug der Umgebung
Eine genauere Definition des "näheren Sichtbereichs" soll vorgenommen werden.
- § 13 Denkmal- und Heimatschutzkommission
Mindestens drei der sieben Mitglieder sollen unabhängige Private und Gewerbetreibende sein.
- ~~– § 14 Abs. 2 Aufgaben Kommission~~
- ~~– Einsprache und Beschwerderecht in allen Belangen soll gestrichen werden.~~